

zur ZEIT
Zitat

**SPÖ-Klubobmann
Josef Cap im Zuge der
Debatte über den
EU-Reformvertrag:
„Würde all das stimmen,
was ich über den Vertrag
lese, wäre ich auch für
eine Volksabstimmung.“**

Von realem und politischem Müll

VON GEORG MAYER

Eines der wohl schönsten und kultiviertesten Länder Europas hat am vergangenen Sonntag und Montag gewählt und sich dabei, wie auch der Spitzenkandidat der angeblich bürgerlich Konservativen, nicht besonders motiviert gezeigt. Berlusconi liegt zwar vor dem Linksbündnis, das aber nur, weil ihm die Lega Nord den notwendigen Anschlag verpaßt hat und sich als sein wichtigster Partner herauskristallisiert hat. Die Lega, die wohl bei circa 6 bis 8 Prozent steht, wird damit in den zukünftigen Regierungsentscheidungen ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 80 Prozent, was bei der sonstigen Wahlbeteiligung in Italien die Politikverdrossenheit der Italiener unterstreicht. Größere und kleinere Skandale mit Mafiaaktivität und ohne, der Italiener hat den Überblick verloren, wem man in der Politik überhaupt noch Vertrauen schenken kann und wem nicht. Kein gutes Zeichen für das restliche Europa, wenn man davon ausgeht, daß Italien immer ein Trendsetter am Kontinent ist und das nicht nur am Modemarkt.

Wie wird es also weitergehen mit all dem realen und politischen Müll, der sich am Stiefel angesammelt hat? Sollen die Italiener wirklich dem etwas merkwürdigen Komiker Beppe Grillo folgen, der das Nichtwählen als einzige Möglichkeit sieht, sich aus der politischen Operettenbroadouille zu befreien?

Für Berlusconis Wahlbündnis „Volk

der Freiheit“, in dem auch die Mussolini-Enkelin Alessandra vertreten ist, ist es jedenfalls ein Regierungsauftrag. Der Chef hat auch kurz nach der Verkündung des Ergebnisses bereits vollmundige Reformen mit einem tiefgreifenden Modernisierungsprozess angekündigt und eine Durchhalteparole für eine Regierungszeit von 5 Jahren abgegeben.

Für Walter Veltroni und dessen „Partito Democratico“ war seine Aufholjagd am Ende des Tages nicht von Erfolg gekrönt, obwohl er sich von den linken radikalen Splittergruppen getrennt hatte. Veltroni ist aber, im Gegensatz zu Berlusconi, noch ein politischer Jüngling und wird versuchen, die Periode durchzusitzen, und auf seine Gelegenheit warten. Für die linkslinken Kommunisten, die so genannte Regenbogenstruppe, war die Wahl ein Debakel, weil sie keinen Abgeordneten mehr stellen werden und deren Chef schon eine komplette Neuorganisation der Linkslinken angekündigt hat. Für „La Destra“, die „Rechte Gruppe“ von Storace, die in den Umfragen mit 2,2 Prozent geführt wurde, war nicht mehr zu holen und auch sie ist damit nicht mit Abgeordneten vertreten. Für alle Kleinparteien und Splittergruppen ist der Wahlausgang enttäuschend, da sich durch dieses Ergebnis in Italien mehr oder weniger ein Zwei-Parteien-System herauskristallisiert hat.

Dr. Georg Mayer war Generalsekretär der EU-Fraktion „Identität/Tradition/Souveränität“.



**Der nicht übermäßig motivierte
Showmaster Berlusconi hat den
vorhergesagten Erfolg nicht alleine einfahren können.**

Leistung muß sich wieder lohnen

VON BERNHARD THEMESL

Die Steuerreformdebatte ist in aller Munde. Leider ist es aber eine Diskussion, die von falschen Voraussetzungen geprägt ist. Das Entlastungsvolumen von 2,7 Mrd. Euro – für eine reine Tarifreform – scheint in Stein gemeißelt zu sein. Die Interessensvertretungen versuchen, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen, und fordern eine Entlastung für ihre Klientel ohne nennenswerte Vorschläge zur Vereinfachung des Steuerrechts.

Ich bin der Ansicht, daß zuerst über die einzelnen Reformschritte zu diskutieren ist und erst danach über die Höhe der Entlastung. Eine echte Reform des Steuersystems braucht eine Strukturvereinbarung! Das jetzige Steuersystem ist veraltet, bürokratisch und für den Bürger undurchschaubar. Darüber hinaus benachteiligt es Familien und überfordert den Leistungsträger.

Die vielzitierte Leistbarkeit einer Steuerreform ist ebenfalls Humbug, da sie sich größtenteils von selbst finanziert und bei einer entsprechenden Ausgabenkontrolle der Bundesregierung heute schon leistbar wäre. Ein weiterer

Punkt ist, daß der Finanzminister den Leistungsträger schon seit Jahrzehnten aushungert und immerhin die Höhe des steuerpflichtigen Jahreseinkommens für die höchste Steuerstufe seit 20 Jahren nicht mehr angepaßt wurde und diese nach wie vor bei 51.000 Euro liegt. 1989 fielen etwa 50.000 Personen in die höchste Steuerstufe. Heute sind es bereits 350.000 Personen. Bei jeder Lohn- und Gehaltserhöhung kassiert der Finanzminister kräftig mit.

Die österreichische Bevölkerung hat allein im

– mit den Finanzergebnissen der einzelnen Bundesländer – einen Überschuß erwirtschaften können. Deutschland hat dies übrigens 2007 geschafft und einen Überschuß von 200 Mio. Euro erwirtschaftet und dies unter wesentlich schlechteren Voraussetzungen.

Würde die Bundesregierung endlich arbeiten und nicht ständig streiten, dann hätten wir ein wesentlich höheres Potenzial zur Steuersenkung. Stärkere Bekämpfung der Schwarzarbeit, Staats- und Verwaltungsreform inklusive Bürokratieabbau, Gesundheitsreform usw., daß sind nur ein paar Punkte, bei denen nichts Effizientes geschehen ist. Dafür kann sich die Bundesregierung damit rühmen, die Kammern in den Verfassungsrang gehoben zu haben.

Abschließend sei noch festgehalten, daß eine Steuersenkung nicht automatisch einen Steuerausfall bedeutet. Die Körperschaftssteuer wurde von 34 % auf 25 % gesenkt. Die Körperschaftssteuereinnahmen sind heute – im Jahresvergleich – um fast 1 Mrd. Euro höher als vor der Steuersenkung.

NR-Abg. Bernhard Themeßl ist Wirtschaftssprecher der FPÖ.

Es sei festgehalten, daß eine Steuersenkung nicht automatisch einen Steuerausfall bedeutet ...

Jahr 2007 um 3,4 Mrd. Euro mehr an Steuern abgeführt als 2006. Der Bundesvoranschlag für das Budget 2007 sah Einnahmen von rd. 65,7 Mrd. Euro und Ausgaben von 69,6 Mrd. Euro vor. Tatsächlich hat der Finanzminister aber 69,5 Mrd. Euro eingenommen. Wäre bei den Ausgaben eine Budgetdisziplin eingehalten worden, so hätten wir 2007



Linke Bürgerliche

SVP fühlt sich mit Post-Kommunisten immer wohler

VON PIUS LEITNER



Auch bei dieser Parlamentswahl 2008 müssen wir feststellen, daß die Volkspartei unverbesserlich ist. Denn auch dieses Mal tritt die Südtiroler Volkspartei nicht blockfrei an. Sie ist erneut ein Bündnis mit den Post-Kommunisten von Veltroni eingegangen.

Was ist bloß in diese SVP-Generation gefahren, daß sie sich als Südtiroler Sammelpartei im linken Eck so wohl fühlt? Sie hat ihren linken Garanten Prodi vergöttert und will nun dasselbe mit Veltroni tun. Senator Peterlini hat Veltroni sogar die ewige Treue geschworen, für uns Freiheitliche unfaßbar.

Wenn die Führungsspitze der SVP von dieser Linksideologie so angetan ist, daß sie nur mehr rot sieht (wie ihre Wahlplakate auch), dann sollte den SVP-Wählern dringend angeraten werden, das Buch ihres langjährigen Kammerabgeordneten Hans Benedikter in Erinnerung zu rufen, der 1976 den Eurokommunismus als einen großen Bluff bezeichnete. Nicht nur dies, Senator Peter Brugger kündigte damals im selben Jahr sogar die Forderung nach Selbstbestimmung an, sollte der Kommunismus an die Regierung kommen. Und was passiert 30 Jahre später? Die SVP geht 2006 mit den Kommunisten ins Bett!

Die geleistete Arbeit der SVP im römischen Parlament ist wahrlich kein Aushängeschild geworden. Zwei Beispiele seien genannt: Erstens der Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik. Senatorin Thaler-Außerhofer erklärte am 7. Juni 2007 in einem Interview, daß „es eine Katastrophe ist, daß wir hier in Rom gezwungen sind, gegen unsere Leute zu stimmen, denn die Steuerpolitik der Regierung Prodi treibt die Klein- und Mittelbetriebe in den Ruin“. Zweitens im Bereich Soziales zu den Mindestrenten. Regionalassessorin Martha Stocker gesteht am 18. Juni 2007 in einer Aussendung ein, daß über 30 % der Rentner in Südtirol, also ca. 39.000 Südtiroler, nur eine Mindestrente beziehen. Diese beträgt lächerliche 430 Euro. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, was mit den vielen Millionen Euro aus der Bilanz der Region an die Pensplan A.G. geschehen ist. Dieses Geld ist in Immobilien(!) verspekuliert worden und hat für die 39.000 Mindestrentner keinen einzigen Cent gebracht! Eine lückenlose Aufklärung dieses Skandals steht immer noch aus.

In Anbetracht dieser Politik kann ein jeder Südtiroler ruhigen Gewissens sein, wenn er nicht mehr die Südtiroler Volkspartei wählt, denn schlechter kann man die Interessen der Südtiroler nicht mehr vertreten.

Abschließend kann ich mir nicht verwehren, vor den menschlich-tragischen Auswirkungen einer wertelosen und anarchistischen Politik zu warnen. Im Mittelpunkt muß immer der Mensch stehen und nicht die Aufrechterhaltung eines politischen Systems. Dieses Land gehört uns allen, ganz bestimmt nicht einer einzigen Partei. Und wenn sich so viele Südtiroler von dieser politischen Vertretung enttäuscht und alleine gelassen fühlen, sollten wir den Mut aufbringen, anders zu wählen, denn bei dieser Wahl geht es nicht nur um Südtirol und die Autonomie, es geht vor allem um uns selbst!

Pius Leitner ist Landesparteiobmann und Landtagsabgeordneter der Südtiroler Freiheitlichen.

www.sommerlager.at

- > von 8 bis 18 Jahren
- > vom 16. - 26. Juli 2008
- > im Land Niederösterreich

>>> Auskunft und Anmeldung bei
Martin Pfeil unter +43 664 49 89 055



STURMADLER

JUGENDBUND FÜR FAHR UND LAGER